

Bündnis 90 / Die Grünen

Rede zum Doppelhaushalt 2018 / 2019

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Keck,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister Allgaier und GÜthler,  
verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

mit dem ersten Doppelhaushalt der Stadt Kornwestheim gehen wir neue Wege. Ich bin optimistisch, dass sich diese Art der Haushaltsplanung durchsetzen wird. Für die Verwaltung bedeutet es zumindest in jedem zweiten Jahr weniger Aufwand und damit bleibt mehr Zeit für die fachliche Arbeit.

Und sind wir ehrlich: Wer stellt schon gerne Haushaltspläne auf? Es mag zwar Ausnahmen geben, in der Stadtkämmerei zum Beispiel, aber für die allermeisten ist es wie ein Besuch beim Zahnarzt: Es wird einem schön auf den Zahn gefühlt und man ist froh wenn es vorbei ist.

Die termingerechte Erstellung und Einbringung des Haushalts ist umso höher zu werten, da parallel das Projekt „Strategische Steuerung“ einiges an personellen Ressourcen abgefordert hat. Darüber hinaus müssen natürlich weiterhin alle Tätigkeiten erledigt werden, um die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anliegen zu unterstützen.

Ich möchte mich deshalb schon an dieser Stelle ganz herzlich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt und aller Tochtergesellschaften für ihre engagierte Arbeit in diesem Jahr zu bedanken.

### **Projekt „Strategische Steuerung“**

Wenn ich jetzt das Projekt „Strategische Steuerung“ betrachte, würde ich nicht unbedingt von einem Erfolgsprojekt sprechen. Es ist eher unter „nicht schlecht“ einzuordnen.

Das liegt weniger daran, dass wir letztlich nur 60% des 10 Millionenziels erreichen werden, sondern daran, dass die Belastungen ungleich verteilt werden. Familien, Soziales, Ökologie und nicht zuletzt Personal sind die Verlierer. Hier müssen wir dringend nachbessern.

Ob dieses Projekt nachhaltig wirken wird, muss sich erst zeigen. Steuerung bedeutet, dass Ziele anhand von belastbaren Zahlen, Daten, Fakten gesteuert werden. Das Interesse der Verwaltung daran ist sehr überschaubar.

Ich glaube, wir sollten das gemeinsame Seminar zum neuen Kommunalen Haushaltsrecht noch einmal wiederholen. Ich werde den Eindruck nicht los, dass da einiges in Vergessenheit geraten ist.

Aufgrund der sehr günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können wir in den nächsten Jahren mit hohen Einnahmen rechnen. Dazu kommt, dass die Absenkung der Kreisumlage 2018 zusätzliche 700 T€ in die Kasse spült.

Befürchtungen, dass der Kreis in 2019 die Umlage massiv erhöhen wird, teilen wir nicht. Vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzungen ist das sehr, sehr unwahrscheinlich.

Seit Juli diesen Jahres ist bekannt, dass im Rahmen des Projekts lediglich noch 1,4 Millionen Euro weiteres Einsparpotential vorhanden ist. Davon hat die Verwaltung mit der Vorlage des Haushaltes bereits annähernd eine Million Euro gestrichen. Größtenteils ist das für uns auch in Ordnung.

Allerdings sehen wir weiteren, dringend notwendigen Korrekturbedarf.

Ich möchte deshalb auch nicht so plakativ von „unternehmerfreundlich“ sprechen, wenn wir den Gewerbesteuersatz nicht ein weiteres Mal anheben. Steuererhöhungen sind ja kein Selbstzweck und durch den aktuellen Hebesatz werden wir in den Jahren 2018 / 2019 ausreichend Steuer in diesem Bereich einnehmen.

Mit der verminderten Erhöhung der Grundsteuer können wir ebenfalls leben. Wir wollen dafür jedoch die Bürger und insbesondere die Familien an anderen Stellen entlasten.

Bei den Kitagebühren werden wir vorschlagen, die Erhöhung in 2018 auszusetzen und die nachfolgenden Erhöhungen zu schieben. Sowohl in 2015 wie auch in 2016 lagen die Ausgaben um annähernd 1,5 Mio unter den Planzahlen. Für 2017 wird es sich wohl nicht wesentlich anders darstellen. Größte Position sind dabei immer die Personalkosten. Übers Jahr gesehen sind also durchweg mindestens 10% der Planstellen im Kita-Bereich nicht besetzt. Die Einnahmen durch Gebühren weichen dagegen nicht wesentlich von der Planung ab. Wir können also davon ausgehen, dass die Qualität der Betreuung nicht den zugesagten Anforderungen entspricht.

Unter diesen Bedingungen die Gebühren exorbitant zu erhöhen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Eltern. Unser Ziel ist perspektivisch nach wie vor eine sozialverträgliche Gestaltung der Gebühren. Das bedeutet, dass mittlere Einkommen nicht übermäßig belastet werden dürfen.

Die Vereine sind gesellschaftspolitisch ein ganz entscheidender Faktor in Kornwestheim. Sie sind nicht nur für ein Drittel der Kornwestheimer Bevölkerung die sportliche und kulturelle Heimat, sondern auch ein Stück weit das soziale Rückgrat dieser Stadt.

Wir können uns vorstellen, die Vorschläge der Stadtverbände für die Jahre 2018/2019 zu übernehmen. Bei den Hallengebühren erscheint uns die Aufteilung in zwei Kategorien nicht ausreichend. Hier muss spätestens ab 2020 zwischen kleinen und großen Schulturnhallen genauso unterschieden werden wie zwischen alten und neuen Großsporthallen.

Für uns ist aber ein Konsens erstrebenswert und wir hoffen deshalb auf eine gemeinsame Entschliessung aller Fraktionen – und der Verwaltung.

Die Bereitstellung der Mittel für das Projekt zur Wohnungssicherung begrüßen wir sehr. Menschen rechtzeitig in schwierigen Situationen zu unterstützen und Lösungen aufzuzeigen, um die Wohnungslosigkeit zu verhindern, ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Sicherung. Wir könnten uns weitere Maßnahmen bei der Beratung vor Ort - zum Beispiel im Bereich der Energieschulden in Form eines „sozialen Klimaschutz“-Projekts - vorstellen.

Darüber hinaus werden wir die Entwicklung der Geräteausstattung auf den Spielplätzen kritisch beobachten. Sollten wir den Eindruck haben, dass die eingestellten Mittel nicht ausreichend sind, werden wir für 2019 nachbessern.

Bei der Gebäude- und Strassenunterhaltung schaffen wir es nach wie vor nicht, den Sanierungsstau abzubauen. Hier bitten wir die Verwaltung zu prüfen, ob wir durch die Vergabe von Jahreslosen in den einzelnen Gewerken mehr notwendige Maßnahmen umsetzen können.

Die Folgen verzögerter Sanierungsmaßnahmen zeigen sich besonders drastisch bei der Großen Pflugfelder Brücke.

Aus 4 Millionen wurden 6 Millionen und bis zur tatsächlichen Sanierung in vier, fünf oder sechs Jahren, sind 10 Millionen Euro nicht unrealistisch. Und bis dahin zahlen wir hohe Unterhaltskosten, um die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Alleine in 2018 sind 80 T€ im Haushalt eingeplant.

Letztlich bleibt aber festzuhalten, dass wir die beiden Ziele des Projekts wohl erreichen werden:

- Tatkräftig von der guten Konjunktur unterstützt schaffen wir es, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen.
- Die Bildung von Rücklagen in Höhe von 10 Millionen werden wir sogar deutlich übererfüllen: Ende 2019 rechnen wir mit 30 Millionen Euro.

Vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Investitionen in der Bildung ist das natürlich erfreulich.

## **Bildung**

Bei der steigenden Einwohnerzahl ist es wenig überraschend, dass neue Bildungseinrichtungen zu schaffen sind. Nicht nur weitere Gruppen zur Kinderbetreuung, sondern aller Voraussicht nach eine weitere Grundschule und der Um- bzw. Ausbau der weiterführenden Schulen werden notwendig werden.

Das Schulentwicklungskonzept muss Lösungen aufzeigen, wie baulich auf die steigenden Schülerzahlen an den Schulen reagiert werden kann.

Wir sehen hier die Chance, die Schullandschaft in Kornwestheim komplett neu zu strukturieren. Denkverbote und „heilige Kühe“ darf es dabei nicht geben. Die Herausforderung wird sein, bis Sommer 2018 ein tragfähiges Konzept zu erstellen. Spätestens dann müssen die notwendigen Investitionsentscheidungen vorbereitet werden.

Erfreulich ist hingegen, dass die Digitalisierung an den Schulen jetzt systematisch voranschreitet. Wir schaffen damit die infrastrukturellen Voraussetzungen, den Unterricht moderner zu gestalten. Hoffen wir, dass das Kultusministerium seine Hausaufgaben diesbezüglich ebenfalls erledigt.

Der Bau einer neuen sechsgruppigen Kita ist absolut notwendig. Wir haben darüber hinaus weiteren Bedarf. Allerdings ist es mit dem Bau von Einrichtungen nicht getan.

Es fehlt uns schlicht und ergreifend an Personal. Das liegt nicht nur, aber auch an der sehr hohen Fluktuation von über 20%.

Eine Verbesserung der Personalsituation in diesem Bereich wird man auf Dauer nur erreichen, wenn diese Quote deutlich reduziert wird.

Jeder kann sich vorstellen, dass zu viele Wechsel in den Einrichtungen nicht gut für die Kinder sind und zusätzliche Belastungen für die Erzieherinnen und Erzieher mit sich bringen.

## **Personalstrategie**

Wir begrüßen es deshalb, dass die Stadt sich entschieden hat, eine eigene Personalstrategie zu entwickeln. Das Fehlen einer solchen Strategie macht sich insbesondere in Zeiten der Vollbeschäftigung bemerkbar.

Demographie, Digitalisierung, lebenslanges Lernen, Gesundheitsvorsorge für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nur einige Themen, die betrachtet werden müssen.

Diese wesentliche Erweiterung des bisherigen Aufgabenspektrums im Personalbereich darf aber nicht zulasten anderer Tätigkeiten im Fachbereich Personal und Organisation gehen. Um dieses sicherzustellen, würden wir die Schaffung einer zusätzlichen Stelle bzw. entsprechender Stellenanteile unterstützen.

Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung stellen wir uns aber auch die Frage, ob es klug war, weniger Auszubildende einzustellen und weniger Geld in die berufliche Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu investieren.

Wir denken, dass Einsparungen an dieser Stelle gut gemeint, aber eher kontraproduktiv sind. Deshalb müssen diese Einsparmaßnahmen auf den Prüfstand.

## **Stadtentwicklung**

Im Bereich des Gewerbes sind wir durch die Vergrößerung von W&W sowie die Ansiedlung der Firma IDEXX durchaus zukunftsfähig aufgestellt. Viele Arbeitsplätze auf wenig Fläche ist das, was eine Stadt mit über 60% besiedelter Gemarkung benötigt. Dadurch sind wir jetzt in der glücklichen Lage, dass wir keinen Druck haben, neue Gewerbeflächen auszuweisen. Wir können die Flächen stattdessen für die Landwirtschaft und zur Erholung unserer Bürger erhalten.

Den Ankauf von Flächen halten wir für richtig, da wir für die nachfolgenden Generationen einen Handlungsspielraum schaffen müssen.

Der Region Stuttgart würde es übrigens gut anstehen, nicht immer nur neue Gewerbeflächen zu fordern. Zuallererst sollte sie in der Feinstaub-Region Stuttgart für eine anständige Anbindung der bestehenden Gewerbegebiete an das ÖPNV-Netz sorgen.

Beim Wohnungsbau fehlt uns nach wie vor ein schlüssiges Konzept. Überrascht zu sein, dass uns die Plätze in den Kitas und den Schulen nicht mehr ausreichen, spricht für eine gewisse Ignoranz bekannter Fakten. Im Rahmen der Beratungen zum FNP2030 wurde deutlich, dass unsere soziale Infrastruktur für maximal 34.000 Einwohner ausgelegt ist.

Wir müssen also sehr genau schauen, in welchem Umfang weiterer Wohnungsneubau notwendig und leistbar ist, da die Folgekosten doch sehr hoch sind.

Es steht außer Frage, dass wir mehr bezahlbaren Wohnraum benötigen. Die Umsetzung unseres Antrags dazu ist zwar positiv, aber letztlich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

In den nächsten Jahren wollen wir daher den Mietwohnungsbau priorisieren. Im Sinne der Innenentwicklung wollen wir an die Idee erinnern, bestehende Wohnhäuser aufzustocken.

Zu prüfen wäre auch, ob wir ein größeres Wohnbauprojekt im Rahmen der IBA - der Internationalen Bauausstellung - anstoßen können.

Von diesem Projekt würden wir die Entwicklung eines zukunftsweisenden Quartiers erwarten, das die Aspekte Architektur, Ökologie und Soziales vereint.

Zu unserer Stadtentwicklung gehört natürlich auch die Unterbringung der Flüchtlinge mit Bleiberecht. Im Vergleich zu anderen Städten stehen wir in Kornwestheim relativ gut da. Wir haben uns vielleicht spät, aber nicht zu spät dieser Herausforderung gestellt. Dadurch haben wir uns den notwendigen Spielraum erarbeitet, um auf Massenunterkünfte zu verzichten. Dort würde uns die Integration der Menschen, die wir bei uns aufnehmen, nicht gelingen. Ich denke, dass uns da inzwischen alle Fraktionen und auch die Verwaltung zustimmen.

Umso besorgniserregender ist es, dass es Überlegungen gibt, zusammen mit Remseck eine solche Massenunterkunft in Pattonville zu bauen. Wir würden unsere bisherigen Bemühungen konterkarieren und einen sozialen Brennpunkt schaffen.

Es muss uns klar sein, dass die Remsecker Bewohner dieser Unterkunft - und es werden wohl voraussichtlich um die 200 sein - dann Neu-Kornwestheimer werden. Das ist für die Stadt mit allen Pflichten verbunden: Bereitstellung Wohnraum, Bereitstellung Kita- und Schulplätze, erheblicher Mehraufwand in der Verwaltung usw..

Nur am Rande sei erwähnt, dass dadurch dann auch die Schlüsselzahlen schlechter ausfallen, was weniger finanzielle Zuweisungen bedeutet.

Das Verständnis in der Bevölkerung, dass wir auf unserer sehr knapp bemessenen Fläche die Remsecker Versäumnisse der letzten zwei Jahre korrigieren, dürfte überschaubar sein. Und das Ergebnis bei den nächsten Wahlen kann man sich ausmalen.

Vielleicht kann die Verwaltung ja mal den Remsecker OB darauf hinweisen, dass Remseck 25% weniger Einwohner, aber 50% mehr Fläche hat. Da sollte man durchaus in der Lage sein, entsprechende Unterkünfte auf Remsecker Gemarkung zu erstellen.

Natürlich ist es in Ordnung, wenn auch in Pattonville Wohnraum für die Anschlussunterbringung gebaut wird. Unser Ziel ist es ja gerade, diese Unterkünfte über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Aber auch in Pattonville dürfen wir keine Massenunterkunft bauen. Es würde ein Ghetto entstehen, das sehr schnell zum sozialen Brennpunkt wird.

Die mangelnde Transparenz und die fehlende Information der Öffentlichkeit verärgert die Bürgerinnen und Bürger in Pattonville ausgesprochen. So, wie es im Moment läuft, muss man von einer völlig intransparenten Politik der beiden Rathäuser sprechen, die Widerstände und Wut in der Bevölkerung provoziert. Ich kann Ihnen nur raten, zügig die Öffentlichkeit zu informieren.

Für uns ist es aber auch wesentlich, die Bebauung an der Markungsgrenze im Einvernehmen mit unserem Nachbar Ludwigsburg abzustimmen. Das ist eine Frage von gutnachbarschaftlicher Beziehung und Fairness.

Mit weiteren Unterbringungsmöglichkeiten - beispielsweise auf dem Grundstück in der Jakobstrasse oder im Osten der Stadt - könnten wir auf jeden Fall ausreichend Wohnraum für unsere Zuweisungen schaffen.

Einen wichtigen Punkt möchte ich hier ebenfalls ansprechen: Der starke Anstieg der zu betreuenden und unterzubringenden Menschen verursacht einen erheblichen Mehraufwand in der Verwaltung. Insbesondere der Fachbereich 4 mit dem Ordnungsamt wird durch Einweisung und Betreuung der Menschen sehr belastet, wahrscheinlich sogar überlastet. Sofern unsere Einschätzung zutrifft, halten wir es für notwendig, diesen Bereich personell entsprechend aufzustocken.

Bei den Maßnahmen zur Stadtentwicklung im Allgemeinen und im sozialen Wohnbau im Speziellen sieht man übrigens, was wir an unserer Städtischen Wohnbau haben. Obwohl nicht gerade riesig groß, wird dort unheimlich viel geleistet: Ich denke da an das Engagement in der Innenstadt, an die Projekte Hornberg- und Lindenstraße, aber auch an die Herderstraße. Nicht vergessen darf man die Verwaltung von über 500 Wohnungen im Bestand.

### **Ökologie und Klimaschutz**

Viele Abstriche wurden auch im Bereich von Klimaschutz und Ökologie beschlossen. Auch hier möchten wir aufgrund der positiven finanziellen Entwicklung der Stadt wieder etwas gegensteuern.

Deshalb werden wir wieder finanzielle Mittel für freiwillige Naturschutzmaßnahmen beantragen.

Mit Wohlwollen haben wir registriert, dass im Haushalt diesmal einige Maßnahmen für den Radverkehr enthalten sind. Wer weniger motorisierten Verkehr will, muss die anderen Verkehrsträger fördern.

Zu kritisieren ist hingegen, dass der ÖPNV im Kornwestheimer Haushalt ein kümmerliches Dasein fristet. Hier immer nur darauf zu achten, dass unsere Zuschüsse nicht größer werden, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Feinstaubprobleme in unserer Region können nicht nur lokal in den an stärksten betroffenen Städten gelöst werden. Wir würden uns freuen, wenn die Stadt sich hier mehr einbringen würde.

Mit dem Bau der Solarthermieanlage durch die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim bietet sich unserer Stadt eine großartige Gelegenheit. Wir können zeigen, dass wir, wie sehr viele andere Kommunen weltweit, unseren Beitrag im Kampf gegen die Klimaerwärmung leisten. Darauf könnten wir als Stadt dann sehr stolz sein.

Zusätzlich schaffen wir einige Lebensräume für Insekten, partizipieren am Gewinn der Stadtwerke und werten das Gewerbegebiet Nord mit einem Fernwärmeanschluss auf. Die ansässigen Unternehmen profitieren von stabilen Preisen in der Versorgung und müssen vor allem nicht selber in Anlagen investieren. So sieht für mich nachhaltige und intelligente Wirtschaftsförderung aus.

An dieser Stelle möchte ich das Engagement der Stadtwerke für Nachhaltigkeit und Klimaschutz loben. Viele Projekte der letzten Zeit unterstützen diese Ziele, die auf der Agenda ganz oben stehen. Die Breitbandinitiative als wesentliche Voraussetzung der Digitalisierung bringt nicht nur schnelles Internet, sondern auch die Möglichkeiten des „smart metering“ mit sich. Und schafft dadurch eine wesentliche Voraussetzung zur intelligenten und optimierten Steuerung der Energieversorgung.

Abschließend bleibt mir zu sagen, dass der vorliegende Haushaltsplan für mich deutlich an Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit gewonnen hat. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bei Frau Oesterreicher und ihrem gesamten Team bedanken.

Vielen Dank.